Verehrte Überlebende, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde

Am 22. Juni 1941 begann der Überfall des Deutschen Reiches auf die Sowjetunion.
Die Propaganda des Dritten Reiches versuchte den Überfall als einen Präventivschlag gegen die unmittelbare Bedrohung durch den "jüdischen Bolschewismus" darzustellen. Doch für Hitler war der Feldzug im Osten von Beginn an als Vernichtungskrieg geplant, bei dem die Idee des Sozialismus vernichtet werden musste und die Bevölkerung der Sowjetunion reduziert werden sollte. Im Vordergrund standen die Eroberung von "Lebensraum" sowie die wirtschaftliche Ausbeutung der eroberten Gebiete und der dort lebenden Menschen als Zwangsarbeiter.

Bereits im Mai 1941 wurden per Erlass wichtige Regeln der Militärgerichtsbarkeit im Umgang mit der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten außer Kraft gesetzt. Zivilpersonen, die sich gegen die deutschen Besatzer auflehnten, sollten ohne Einschaltung eines Kriegs- oder Standgerichts, einem Offizier vorgeführt werden, der über ihre Erschießung zu entscheiden hatte.
Der Kommissarbefehl vom Juni 1941 enthielt die Anweisung, dass die Politkommissare der Roten Armee nicht als Kriegsgefangene behandelt werden dürften, sondern "wenn im Kampf oder Widerstand ergriffen, grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen" seien.

Die Hinrichtungen sollten nicht in den Kriegsgefangenenlagern stattfinden, auch nicht in ihrer unmittelbaren Umgebung und sollten möglichst unauffälig durchgeführt werden. So wurden abseits von Kriegsgefangenlagern sowjetische Kriegsgefangene erschossen und in Massengräbern verscharrt.
Auf dem Reichsgebiet befürchete das RSHA offenbar, dass Massen-erschießungen von sowjetischen Kriegsgefangen der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit nicht entgangen wären. Gestaposchef Müller ordentete durch den Einsatzbefehl 9 am 21. Juli 1941 an: Hinrichtungen sollten"unauffällig im nächstgelegenen Konzentrationslager durchgeführt werden."
I941/42 wurden über 4000 sowjetische Kriegsgefangene zur Exekution ins KZ Dachau gebracht, ohne offiziell registriert zu werden.

Ich möchte an dieser Stelle Zeitzeugenaussagen meines Vaters, Otto Kohlhofer, der zur Zeit der Massenerschiessungen sowjetischer Kriegsgefangener, in Dachau inhaftiert war, zitieren.

Es sind dies Passagen aus einem Interview, das der ehemalige Dachauhäftling Ludwig Stark, mit Otto Kohlhofer aufgenommen hat und Ausschnitte aus einer Zeugenaussage meines Vaters bei der Staatsanwaltschaft München aus dem Jahr 1969 :

Aus dem Interview

"Im Sommer 1941, kurz nach dem Überfall der Deutschen auf die Sowjetunion, wurde in Dachau ein eigenes Lager errichtet. Es war allgemein bekannt, dass es für russische Kriegsgefangene geplant war. Die wollte man isolieren, denn nach der Genfer Konvention durften sie ja nicht in ein KZ. Die Nazis haben es trotzdem getan, haben eben einen Teil des Lagers isoliert. Sie haben ungefähr vom 14. Block bis runter [zu Block 30] die Baracken eingezäunt, mit Stacheldraht. Wir haben uns nicht viel dabei gedacht.

Aber nun kamen die ersten Kriegsgefangenen ins Lager und die ersten Transporte, die kamen, wurden im Hof vom Lagerarrest sofort erschossen.

Ich weiß das deshalb so genau, weil alle, die im Wirtschaftsgebäude gearbeitet haben - ich selbst habe ja nach Kriegsausbruch in der Sicherheitswerkstätte im Kommando Maschinenschlosserei gearbeitet - also da mussten sämtliche Kommandos ihren Arbeitsplatz verlassen und in die Baracken einrücken. Das ganze Wirtschaftsgebäude musste geräumt werden. Dann wurden die Häftlinge erschossen.

Wir haben am Anfang noch nicht gleich gewusst, wer die Häftlinge waren, aber die SS konnte ja auch nicht dicht halten. Wir haben immer alles erfahren, was vor sich geht, weil es gab immer wieder einige SS-Leute, die teils aus dem Grund, sich später rehabilitieren zu können oder aus reiner Angeberei uns etwas erzählt haben, so aus der Position der Stärke heraus: Ihr werdet ja sowieso alle kaputtgemacht.

Die Exekutionen der russischen Kriegsgefangenen wiederholten sich. Wir mussten raus aus dem Wirtschaftsgebäude und haben, als wir in den Baracken waren, die Salven gehört. Das hat jedes Mal ungefähr zwei Stunden gedauert. Erst dann durften wir wieder zurück zu unseren

Arbeitsplätzen.

Diese Exekutionen haben uns natürlich sehr beschäftigt und wir waren sehr resigniert.

Eines Tages gingen die Transporte nicht mehr zum Bunkerhof, sondern sie gingen am Lager vorbei, raus nach Hebertshausen zum Schießplatz." [Interv. Ludwig Stark]

Aus der Zeugenaussage
"Etwa nach einer Stunde fuhren die Lastwagen wieder an den Sicherheitswerkstätten vorbei zum Jourhaus. Ich konnte erkennen, daß die Planen mit Blut bespritzt und verschmiert waren. Ich habe damals bei der Einfahrt und Ausfahrt der Lastwagen an einem Fenster der Sicherheits-werkstätten gestanden. Von diesem Fenster aus hatte man unmittelbaren Einblick auf die Straße, die vom Jourhaus zu den Bunkern geht. Ich vermute, daß die mit den Toten beladenen Lastwagen zum Krematorium gefahren sind."

Aus dem Interview

"Allmählich waren wir alle informiert, was da passiert. Es hat eine Zeit gedauert, dann hat sich die SS keine Mühe mehr gegeben, zu verheimlichen, was gemacht wurde. Die sind vom Schießplatz gekommen und haben sich in dem Bach neben dem Jourhaus [Würmkanal] von ihren Schuhen das Blut runtergewaschen.

Später bei den Prozessen haben die meisten SS-Leute, die belastet wurden, gesagt: 'Ja, wir waren dabei bei den Exekutionen, aber ich selbst habe nicht geschossen, wir haben nur die Leichen auf die Wägen geladen. Mehr haben wir nicht getan.'" [Stk]

Wir müssen uns heute die Frage stellen, ist die Verrohung und Brutalität dieser SS-Männer ein Akt besonders böser Menschen oder ist es nicht viel mehr so, dass unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen sich Menschen so entwickeln können.
Wir können heute wie damals beobachten wie eine moderne, aufgeklärte Gesellschaft sich in eine radikale Ausgrenzungsgesellschaft vewandeln konnte und kann.
Zwar war das Ausmaß der Ausgrenzung und Verfolgung von

Minderheiten in der nationalsozialistischen Gesellschaft weitaus größer als in unserer heutigen Gesellschaft, doch es gibt immer noch Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und die zunehmende Islamfeindlichkeit gefährden auch heute wieder die Demokratie.

Und es sind nicht nur die radikalen Kräfte am rechten Rand, die menschenfeindliche Hetzparolen hinausschreien, es ist bis weit in die sog. Mitte der Gesellschaft wieder salonfähig, rassistische und fremdenfeindliche Stimmungen zu unterstützen. Pogromähnliche Überfälle auf Flüchtlings-unterkünfte werden mit Beifall begleitet und die Forderung, gegen Flüchtlinge, die bei uns vor Krieg und Verfolgung Schutz suchen, an den deutschen Grenzen, Schusswaffen zu richten, löste nicht die Empörung aus, die vonnöten gewesen wäre.

Und es sind nicht nur die neuen rechten Parteien und Gruppieungen, die menschenfeindliche Stimmungen in unserem Land entfachen, es ist auch die staatstragende Partei in Bayern, die mit ihrem Entwurf eines sog. Integrationsgesetzes, ein Ausgrenzungsgesetz plant, das, sollte es so verabschiedet werden, Wasser auf die Mühlen von ultrareaktionären Kräften wie der AFD und der neuen Nazis ist.

So fordert der national-abendländisch getränkte Ton in der Präambel die unabdingbare Achtung der deutschen und bayrischen Leitklutur, die von allen Flüchtlingen einzuhalten ist und dass bei Zuwiderhandlung drastische Sanktionen verhängt werden können. Zugewanderte Menschen werden in diskriminierende Kategorien eingeteilt und bei der Begriffsbestimung für Personen, die "integrationsbedürftig" sind, werden selbst diejenigen Einwanderinnen und Einwanderer genannt, die längst die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, aber, "zumindest einen Eltern- oder Großelternteil haben, der eingewandert ist" Art. 2 Begriffsbestimmungen
Der "Halb- oder Vierteleinwanderer" ist damit geschaffen. Irgendwie werden Erinnerungen wach an die, in den Rassegesetzen formulierten Kategorien der Nazis.

Eine zunehmende Islamophobie breitet sich aus, bei uns und in vielen anderen europäischen Ländern. Die Menschen muslimischen Glaubens werden diskriminiert und zu potentiellen Terroristen gemacht, obwohl es

weltweit nur eine verschwindende Minderheit von Muslimen ist, die sich zu einem radikalen Islamismus bekennt. Terrorangst wird hochgeredet, um Sicherheitsgesetze zu verschärfen und eine lückenlose Überwachung jedes Einzelnen durchzusetzen.

Aiman Mazyek vom Zentralrat der Muslime hat recht, wenn er sich angesichts der Rhetorik des AfD-Vizes Alexander Gauland, der den Islam als „Fremdkörper“ bezeichnet, an dunkelste Zeiten der deutschen Geschichte erinnert fühlt.

Selbstverständlich sind Muslime heute nicht den Entrechtungen ausgesetzt, wie sie sich die Nazis mit ihren Nürnberger Rassegesetzen für die jüdischen Bürger ausdachten. Und ein Völkermord droht hierzulande auch nicht. Aber Rassismus beginnt nicht erst beim Völkermord. Es gibt viele Parallelen zwischen den heutigen Ressentiments gegen den Islam und dem Antisemitismus von einst. Der hat ja nicht erst 1933 begonnen, sondern hatte eine lange Vorgeschichte.

Mit rassistischen und ausländerfeindlichen Parolen gelingt es rechtsextremen Parteien und Gruppierungen immer wieder in Landes-, Stadt und Gemeindeparlamente gewählt zu werden und es bestehen gute Chancen für die rechtspopulistische Partei AFD mit ihrer Stimmungsmache gegen Flüchtlinge und islamophoben Parolen in den nächsten Bundestag gewählt zu werden.

Neben einem Verbot der NPD und dem Kampf gegen rechtsextreme Gruppierungen und Parteien muss der Widerstand gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit Antisemitismus und Islamfeindlichkeit wachsen.

Das Gedenken an die Verbrechen von damals muss immer wieder Anlass zum Widerstand heute sein. Jedes Land muss sich fragen, was nicht in Ordnung ist in ihrer Gesellschaft, wenn Rechtsextreme sich ausbreiten und Wahlen gewinnen.